

BESPRECHUNGEN

Politische Theologie

Zur Kritik der Politischen Theologie. Beiträge von Gustav E. KAFKA und Ulrich MATZ. Paderborn: Schöningh 1973. 46 S. (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft. NF 11.) Kart. 4,80.

In seiner „Verteidigung der Politik gegen die Politische Theologie“ (9–23) sucht Matz jene theologische Strömung (J. B. Metz, J. Moltmann, D. Sölle) als Produkt marxistischer Theorie zu entlarven und ad absurdum zu führen. Denn der Marxismus sei nichts anderes als die säkularisierte christliche Heilslehre, und es sei klar, „daß die Theologie von einer säkular depravierten Form ihrer selbst nichts zu lernen hat“ (20). Gleichviel wie man dieser Ableitung gegenübersteht, der Hinweis ist beachtenswert, daß die Theologie, zumal in ihrer sozialen Bedeutung, primär Reflexion auf den Glauben der Gemeinde in seiner Realisation durch „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Besitzkommunismus“ (17) sei. Dagegen müsse die Politik der Tatsache Rechnung tragen, daß „der Staat“, da er auch von Ungläubigen gebildet wird, „als Folge der Sünde und unter der Kraft des Gesetzes der Sünde“ (15) anzusehen ist. Politik könne mithin den Glauben nicht fraglos voraussetzen – oder, wie auch immer, ersetzen. Indes, kann man generell sagen, daß die Politische Theologie dies behauptete?

Im zweiten Beitrag „Ziviltheologie – heute?“ (25–46) zeichnet Kafka die Diskussion um jenen andern, von C. Schmitt, E. Peterson und E. Voegelin konzipierten Begriff einer Politischen Theologie nach, um schließlich nach ihrer Legitimation heute zu fragen. Das zentrale Problem, die gesellschaftliche Repräsentanz, sieht er von Platon und Aristoteles gelöst: „das Maß der Gesellschaft“ sei der Mensch, wobei heute hinzuzufügen sei, sowohl christlicher als auch atheistischer Daseinsorientierung. Aufgrund der Interdependenz der Charaktere der

Repräsentierten und der Repräsentanten der Gesellschaft habe die Ziviltheologie als „philosophische Anthropologie“, als „politische Ethik“ vor allem die Tugenden der Repräsentanten zu normieren. Die Kirche aber sei politisch am effizientesten, wenn sie „wie in den ersten drei Jahrhunderten . . . ihr eigenes Geschäft, die Verkündigung des wahren Gottes ohne Kompromisse mit dem Zeitgeist betreibt“ (46).

G. Bleickert

BERDESINSKI, Dieter: *Die Praxis – Kriterium für die Wahrheit des Glaubens?* Untersuchungen zu einem Aspekt politischer Theologie. München: Don Bosco 1973. 181 S. Kart. 24,80.

Die zentrale, indessen biblisch kaum einmal reflektierte Aussage politischer Theologie – als ihre maßgeblichen Vertreter werden F. Kerstiens, J. B. Metz, E. Schillebeeckx, J. Moltmann, D. Sölle und W.-D. Marsch in knappen Umrissen skizziert – sieht der Verfasser in der „Bewahrheitungsthese“, welche besage, daß verantworteter Glaube sich immer nur durch Praxis realisieren könne und sich eben darin auch zu „bewahrheiten“ habe. Gegenstand seiner Kritik wird diese These, deren Wurzeln er über Marx und Hegel bis zur Aufklärung (Lessing) zurückverfolgt, insofern, als sie die Frage nach der Wahrheit des Glaubens letztlich ausschließlich in den jedenfalls anfänglich unentschiedenen und ungesicherten Freiraum menschlicher Verfügbarkeit einhole: die Wahrheit des Glaubens werde von seiner Verwirklichung durch die Menschen abhängig gemacht.

Nach Ausweis des neutestamentlichen Befunds sei es jedoch kein anderer als Gott selbst, der die Wahrheitsfrage nach den Verheißungen in seiner Offenbarung, zumal aber in Jesus Christus, immer schon eindeutig ent-